



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!

Hass im Netz

Was wir tun können und wo
die Meinungsfreiheit endet



Inhalt

1. Einleitung	4
2. Hass im Netz	8
3. Ansätze im Bundesprogramm	14
3.1 Informieren	18
3.2 Vorbeugen	20
3.3 Einschreiten	22
3.4 Monitoring	26
3.5 Beraten	27
3.6 Übersicht Beratungsangebote und Anlaufstellen für Betroffene	29
4. Fazit	30

1. Einleitung





Gemeinsam für eine starke Demokratie

Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Überzeugung leben. Jede und jeder soll sich nach den eigenen Wünschen verwirklichen können, solange die daraus folgenden Handlungen und Worte andere in ihren Rechten nicht einschränken oder gar verletzen. Für ein friedliches Miteinander sind Akzeptanz und gegenseitiger Respekt elementar und daher gesetzlich verankert. Die Anschläge von Halle (Saale) im Oktober 2019, in Hanau im Februar 2020 sowie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 haben unlängst auf furchtbare Weise gezeigt, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt unsere freiheitliche Demokratie und das friedliche Zusammenleben bedrohen können. Diesen und anderen menschenfeindlichen Entwicklungen will das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ aktiv entgegenwirken. Ziel ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu verbessern.

Um unsere Demokratie zu schützen und zu stärken, müssen wir sie mitgestalten: im respektvollen Dialog, mit innovativen Ideen und präventiven Maßnahmen. Und das passiert auch: Täglich engagieren sich Menschen für den sozialen Frieden, gegen Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Hass. Sie leben unsere demokratischen Werte. Um diese Menschen in ihrem Tun zu unterstützen, gibt es das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Es ermöglicht deutschlandweit Projekte, in denen innovative Strategien und neue Ideen in den Bereichen Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung entwickelt, erprobt und umgesetzt werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert damit zivilgesellschaftliches Engagement für ein friedliches und achtungsvolles Miteinander. „Demokratie leben!“ hat sich in der Praxis bewährt und befindet sich seit 2020 in der zweiten Förderperiode, die bis 2024 andauert.

Was sind die konkreten Ziele?

Demokratiefördern:

Das Bundesprogramm stärkt das Bewusstsein für demokratische Rechte und fördert die demokratische Bildung und den Zusammenhalt. Die unterstützten Projekte setzen sich für Gleichwertigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte sowie gesellschaftliche Teilhabe ein. Gerade Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen so befähigt werden, ihre Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte besser zu nutzen.

Vielfalt gestalten:

„Demokratie leben!“ erarbeitet Lösungen, um allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen, und unterstützt daher Projekte, in denen die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt gefördert werden. Ziel ist es, dass unsere Gesellschaft Vielfalt als Chance begreift und die damit verbundenen Widersprüche und Konflikte konstruktiv bearbeitet.

Extremismus vorbeugen:

Das Bundesprogramm will die Entstehung demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen sowie extre-

mistischer Einstellungen verhindern und Radikalisierungsprozesse frühzeitig stoppen. Das umfasst neben rechtem auch religiös begründeten und linken Extremismus.

So setzt sich das Bundesprogramm zusammen:



Im Internet und dort insbesondere in den sozialen Medien wird Hass oft besonders ungehemmt ausgeübt. „Demokratie leben!“ fördert daher Projekte und Netzwerke, die sich für Aufklärung einsetzen und Opfern digitaler Gewalt helfend zur Seite stehen.

2. Hass im Netz





Chancen und Gefahren im Netz

Egal ob Klimaschutz, digitale Beteiligung oder Einsatz gegen Alltagsrassismus: Das Internet ist eine hervorragende Plattform, um sich für unsere Demokratie zu engagieren. Gab es früher nur den Kommentar in der Nachrichtensendung oder den Leserbrief in der Zeitung, so kann jede und jeder heute selbst mit einem eigenen Kanal auf Twitter, Facebook, YouTube oder den vielen weiteren Plattformen öffentlich eigene Themen ansprechen. Es ist möglich, die eigene Meinung zu äußern und sich mit anderen zu vernetzen. Beides bringt Vielfalt in den gesellschaftlichen Diskurs. Neben diesen großen Chancen birgt das Netz aber auch Gefahren, denn mit nur einem Mausclick können Hass-

botschaften und Verunglimpfungen in die Welt gelangen und sich schnell und unkontrolliert verbreiten. Ähnlich ist es mit Verschwörungstheorien, Lügen und angeblichen Wahrheiten, die auf falschen Tatsachen beruhen. Solche Fake News zu erkennen ist nicht immer leicht. Umso wichtiger ist es, aktiv gegen Hass im Netz vorzugehen.

Bekommen Menschen verletzend, herabwürdigende oder bedrohliche Kommentare oder Nachrichten, ist die Rede von Hate Speech. Diese kann einzelne Personen, aber auch ganze Gruppen einschüchtern. Anerkennung, Respekt und Gleichberechtigung sind jedoch wichtige Grundsätze unseres Zusammenlebens.

Was ist Hate Speech?

*Beleidigungen, Diffamierung, Aufrufe zu Angriffen: Hate Speech (auch Hassrede genannt) wandelt Worte zu Waffen, oftmals gezielt mit rassistischen, fremdenfeindlichen, sexistischen oder antisemitischen Aussagen oder anderen politischen Absichten. Dabei greift Hate Speech vor allem Minderheiten und marginalisierte Gruppen an, oft in Form von Kommentaren in den sozialen Medien. (HateAid, Neue Deutsche Medienmacher*innen)*

Was sind Fake News?

Falschmeldungen, sogenannte Fake News, muten an wie echte Nachrichten, setzen aber gezielt auf falsche Informationen statt auf verifizierte Fakten. (Amadeu Antonio Stiftung)

Bleiben solche Hassbotschaften unwidersprochen, können sie zur Normalität werden. Hate Speech ist ein Angriff auf unsere Werte und auf unsere Demokratie – und damit auf uns alle. Verfasserinnen und Verfasser von Hassbotschaften und Fake News berufen sich gerne auf das Recht auf freie Meinungsäußerung, das zu den Grundsäulen unserer Verfassung gehört. Doch auch dieses Recht kennt Grenzen – auch, weil Hass eben keine Meinung ist.

Besonders oft im Fokus: queere Menschen, People of Colour, engagierte Frauen

Manche Gruppen sind besonders häufig von Hate Speech betroffen.

So ergab eine Umfrage des Europarats, dass lesbische, schwule, bisexuelle oder intergeschlechtliche Menschen häufig Ziel von Hasskommentaren sind. Muslime und Muslimas, Schwarze Menschen, Jüdinnen und Juden, Personen mit Behinderungen sowie Sintize und Sinti und Romnja und Roma erhalten ebenfalls überdurchschnittlich häufig hasserfüllte Kommentare oder werden als ganze Gruppen diffamiert. Außerdem sind Frauen, die sich öffentlich zu politischen Themen äußern, häufig Ziel von Hassbotschaften. So setzen sich Macht- und Diskriminierungsstrukturen im Netz fort, die seit Langem in der Gesellschaft vorhanden sind.

Was bedeutet „freie Meinungsäußerung“?

Persönliche und politische Ansichten sowie persönliche Wertungen von Tatsachen fallen unter die Meinungsfreiheit und dürfen frei geäußert werden. Wird die Würde eines Menschen angegriffen, ist die Grenze der Meinungsfreiheit erreicht, denn die Beleidigung von Personen oder Personengruppen hat ebenso wie bewusste Falschinformationen nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun. Das gilt im Internet wie auch im echten Leben. (Amadeu Antonio Stiftung)

Interview mit Anna Lüdcke, Stadtverordnete und ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende in Potsdam



Welche Erfahrungen mit Hate Speech haben Sie gemacht?

Die sozialen Medien geben Menschen Macht und die Reichweite, um ein unwahres Bild von dir zu zeichnen und dich öffentlich herabzuwürdigen. Als Stadtverordnete hatte ich in den letzten anderthalb Jahren mit übler Nachrede und öffentlicher Herabsetzung zu tun. Das war schon gruselig zu sehen.

Welchen Tipp können Sie anderen geben?

Sucht euch unbedingt Rat und Hilfe bei unabhängigen Stellen! Das macht Mut und man fühlt sich wehrhafter. HateAid hat mir Mut gemacht, eine Strafanzeige zu stellen. Jede Anzeige ermöglicht eine realistischere Statistik. Das tatsächliche Ausmaß von Hass im Netz kann dadurch besser erfasst und ein Bewusstsein für das Thema geschaffen werden.

Zivilrecht, Strafrecht und Co.: Schritte gegen Hass im Netz

Diffamierende, diskriminierende und hasserfüllte Beiträge im Internet verstoßen gegen die Rechte und Würde eines jeden Menschen.

Betroffene haben mehrere juristische Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, etwa durch eine Strafanzeige. Sind die Inhalte volksverhetzend und betreffen die Allgemeinheit, kann jede Person diese zur Anzeige bringen – egal ob sie selbst betroffen ist oder diese Äuße-

rungen beobachtet hat. Es können zum Beispiel diese Paragraphen des Strafgesetzbuches greifen:

- Volksverhetzung (§ 130 StGB)
- Beleidigung (§ 185 StGB)
- Nötigung und Bedrohung (§§ 240, 241 StGB)
- Propagandadelikte (§§ 88, 86a StGB)
- öffentliche Aufforderungen zu Straftaten (§ 111 StGB)

Anders sieht es im Zivilrecht aus, das unter anderem bei Beleidigungen oder Verleumdung zum Tragen kommt. Kurzum: wenn die eigene Ehre verletzt wurde. Nur die betroffene Person kann in diesem Fall vor Gericht ziehen, dabei aber persönliche Rechte einfordern, etwa Geldentschädigungen oder die Entfernung von Inhalten.

Sich dem Hass entgegenstellen: Diese Möglichkeiten gibt es

Was im echten Leben illegal ist, stellt auch im Internet eine Straftat dar. Deswegen können Personen, die von Hassrede betroffen sind, diese melden und gegebenenfalls zur Anzeige bringen. Über die Meldestelle respect! der Jugendstiftung Baden-Württemberg und des Bun-

deskriminalamts oder über die App **Meldehelden** von **HateAid** können die Betroffenen ein Formular ausfüllen, und schon wird der Vorfall zur Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main weitergeleitet, die sich mit Cyberkriminalität beschäftigt.

Informationsaustausch und Dialog sind wichtig, um Hate Speech zu bekämpfen. Mit der **Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)** gegen **Hass im Netz** sollen sich zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in Zukunft besser über praktische und wissenschaftliche Fragen austauschen können. Auch im Kompetenznetzwerk Hass im Netz arbeiten mehrere Institutionen zusammen. Das Kompetenznetzwerk stellt und entwickelt themenbezogene Expertise, insbesondere für die Kinder und Jugendarbeit. Es bietet zudem Beratung an, auch für Betroffene von Hass im Netz. Das Netzwerk beobachtet, wie Debatten im Netz entstehen, und entwickelt Strategien, mit denen Hass im Netz wirksam bekämpft werden kann.

3. Ansätze im Bundesprogramm





Welche Ansätze gibt es im Bundesprogramm?

Digitale Gewalt hat viele Gesichter, darum braucht es vielfältige Ansätze und Lösungen. Das Thema Hass im Netz zieht sich daher durch alle Handlungsbereiche und -felder des Bundesprogramms und umfasst neben dem Bund, den Ländern und den Kommunen auch verschiedene Handlungsfelder. Dazu zählen die Bereiche Demokratieförderung, Vieltalgestaltung und Extremismusprävention.

Vorher (informieren und vorbeugen):

Einige Projekte haben es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zum Thema Hass im Netz zu informieren. Dabei geht es um Fragen wie: Was ist Hate Speech? Was sind Fake News? Und warum ist digitale Gewalt eine Gefahr für unsere Demokratie?

Währenddessen (einschreiten):

Betroffene brauchen Hilfe – möglichst sofort. Dafür stehen verschiedene Anlaufstellen und Projekte bereit. Manche bieten wichtige Informationen, andere unterstützen mit praktischen Maßnahmen.

Danach (Monitoring und beraten):

Verschiedene Organisationen beobachten die Entwicklung von Hass im Netz und sammeln die entsprechenden Daten. Andere haben es sich zur Aufgabe gemacht, Betroffene zum Umgang mit dem ihnen widerfahrenen Hass im Netz zu beraten, zum Beispiel hinsichtlich möglicher Schutzmaßnahmen oder bei juristischen Fragen.

Gemeinsam gegen Hass im Netz – unter diesem Motto und gefördert durch das Bundesprogramm haben sich mehrere Organisationen zum Kompetenznetzwerk Hass im Netz zusammengeschlossen. Das Internet ist nicht immer und für alle ein sicherer Ort – jeden Tag gibt es dort Angriffe auf Unternehmen und Privatpersonen. Wer im Netz unterwegs ist, sollte sich daher gut schützen. Verschiedene von „Demokratie leben!“ geförderte Projekte verfolgen das Ziel, Menschen über Hate Speech und Fake News zu informieren, sie zu sensibilisieren und ihnen zu helfen, sich zu schützen.

Was haben Sie sich als Kompetenznetzwerk zur gemeinsamen Aufgabe gemacht?

Im Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz möchten wir unsere Kräfte bündeln, Austausch und Wissenstransfer ermöglichen und ganzheitliche Strategien für einen demokratischen Diskurs entwickeln. Wir möchten eine bundesweit zentrale Anlaufstelle im Themenfeld sein, Überblick bieten (insbesondere zu Hilfsangeboten), fachliche Standards weiterentwickeln, Austausch und Beratung anbieten und zur öffentlichen Debatte beitragen.

Was eint Sie und wo liegen Unterschiede in Ihrer Arbeit?

Uns eint vieles: die Leidenschaft, etwas gegen Hass im Netz zu unternehmen, die Lust an der Arbeit in einem Netzwerk, Freude an Diskussionen, Kompromissbereitschaft und Offenheit für andere Sichtweisen. Denn natürlich haben wir auch Unterschiede: Wir bringen unterschiedliche Schwerpunkte, Expertisen und Ansätze in das Netzwerk ein.



*Interview mit Hanna Gleiß,
Co-Leiterin von Das NETTZ*

3.1 Informieren

*Neue Deutsche Medienmacher*innen und die NO HATE SPEECH-Kampagne:*

Journalistinnen und Journalisten sowie andere Medienschaffende sind durch ihre öffentliche Arbeit besonders häufig Anfeindungen ausgesetzt. Das **NO HATE SPEECH MOVEMENT** der **Neuen Deutschen Medienmacher*innen** wird von „Demokratie leben!“ gefördert und informiert seit 2016 über Hass im Netz. Medienschaffenden steht ein vielfältiges Weiterbildungsangebot aus Workshops, Leitfäden und Online-Helpdesks zur Verfügung. Wer Hass im Netz begegnet oder wer sich präventiv informieren möchte, findet hier weitere Informationen, zum Beispiel aktuelle Studien zu Hate Speech, Regeln zum Umgang mit Hass im Netz und konkrete Anlaufstellen.

#praxistipp

Vier Tipps zum Schutz der Privatsphäre:

- *Private Telefonnummern weder auf der eigenen Website noch auf Social-Media-Plattformen veröffentlichen.*
- *Es kann sinnvoll sein, die eigene Nummer auch aus dem Telefonbuch entfernen zu lassen.*
- *Prüfen, ob fremde Websites eigene, private Daten enthalten, und, falls ja, die Betreiber kontaktieren und bitten, diese zu löschen.*
- *Wer in der Vergangenheit bereits nachweislich bedroht wurde, kann beim Amt beantragen, dass keine Auskünfte zum eigenen Wohnort gegeben werden dürfen.*

Spielerisch lernen, Desinformation zu erkennen:

Das Projekt **FAKT ODER FAKE – DIE REDEREI** hat das Spiel **True Fake** entwickelt, in dem die Akteurinnen und Akteure die Rolle eines Zeitzeugen oder einer Zeitzeugin auf einer Demonstration übernehmen. Ziel ist es, die Stimmung der Demonstrierenden innerhalb von zehn Minuten durch eigene, wahrheitsgetreue Posts zu verbessern. Hierfür müssen sie den Menschen zuhören, Nachrichten in einem fiktiven Internet als wahr oder falsch entschlüsseln, mit Medien in Kontakt treten und schließlich die Erkenntnisse der eigenen Recherche posten. Ziel des Spiels: Die Userinnen und User sollen ein besseres Gefühl für die Verbreitung von Fake News entwickeln.

#praxistipp

Checkliste zum Erkennen von Fake News:

• Wer?

Wer ist die Autorin oder der Autor? Ist etwas über diese Person bekannt? Ist die Person Expertin oder Experte auf dem Gebiet, um das es geht?

• Wann?

Ist die Meldung aktuell und wurde sie zum Zeitpunkt des Geschehens verfasst?

• Wo?

Wo wurde die Nachricht veröffentlicht? Handelt es sich um eine bekannte Nachrichtenseite? Gibt es ein Impressum auf der Website?

• Wie?

Sind die Quellen bekannt? Berichten Nachrichtenagenturen von gleichen Ereignissen?

3.2 Vorbeugen

Demokratieförderung durch politische und (jugend)kulturelle Bildung

Hassbotschaften auf Snapchat, Verschwörungstheorien auf TikTok oder Videos rechtsextremer Blogger auf YouTube: Jugendliche treffen in den sozialen Medien häufig auf Hate Speech und Fake News. Sind sie selbst von den diskriminierenden Kommentaren betroffen, kann ihre psychische Gesundheit in Gefahr geraten. Eignen sie sich als Nicht-

betroffene hingegen die Inhalte der Haterinnen und Hater an, drohen diese Jugendlichen in ein demokratiefeindliches Milieu abzurutschen. Projekte wie **Das NETTZ** und **sUPpress** versuchen vorzubeugen, indem sie Heranwachsende für die Gefahren von Medienkonsum und medial konstruierten Realitäten sensibilisieren und ihnen auch zeigen, wie im Rahmen der Produktion von Medien (Fotos, Filme, Audio) mit wenig Aufwand falsche Realitäten entstehen können.

#praxistipp

Newsletter abonnieren

Zum Netzwerk kommen regelmäßig weitere spannende Initiativen hinzu.

<https://www.das-nettz.de/newsletter>



Das NETTZ

Die Organisation **Das NETTZ** hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein Netzwerk der digitalen Zivilcourage aufzubauen und so vielen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren einen Raum zu bieten, sich zu präsentieren und auszutauschen. Dazu zählt auch **Cool Kids 2.0**, ein Projekt, das es Mädchen mit Fluchterfahrung ermöglicht, zu Expertinnen gegen Hassrede zu werden. Auch „Die Internetritter“ sind Teil des Netzwerks. Hier beschäftigen sich Kinder zwischen 9 und 12 Jahren mit Fragen wie: „Was ist ein fairer Umgang miteinander – im Internet und im realen Leben?“ und drehen dazu Kurzfilme für YouTube. Die Kommentare moderieren sie eigenständig.

sUPpress

Für eine demokratische Teilhabe und mediale Selbstwirksamkeit die Medienkompetenz von Jugendlichen stärken – das ist das Ziel von **sUPpress**. Im Rahmen einer Seminarreihe an Berufsschulen gestalten Heranwachsende mithilfe von ausgebildeten Journalistinnen und Journalisten eigene multimediale Produkte. Daneben gibt es Angebote für erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – wie zum Beispiel pädagogische Fachkräfte oder Mitarbeitende aus Jugendämtern – zu Themen wie Fake News, Social Bots und Verschwörungstheorien.

3.3 Einschreiten

Gemeinsam gegen rechte Hetze im Netz

Eine Person of Colour wird in der U-Bahn rassistisch beleidigt. Daraufhin stellen sich andere Fahrgäste dem Aggressor entgegen und unterstützen die Betroffene. Die Zivilcourage zeigt dieser Person, dass sie in dieser bedrohlichen Situation nicht allein ist und der größte Teil der Gesellschaft hinter ihr steht. Auch im Internet, vor allem in den sozialen Medien, kommt es täglich zu hasserfüllten Übergriffen. Die Täterinnen und Täter sind oft anonym und das Wegschauen ist einfacher als in der U-Bahn: Nur ein Swipe – und schon ist der Hasskommentar verschwunden. Wie im realen Leben sollten Anfeindungen und Hate Speech auch im Netz nicht unwidersprochen bleiben. Es ist wichtig, das Internet zu einem sicheren Ort zu machen und Haterinnen und Hater, Trollen und Verschwörungstheoretikern entschieden entgegenzutreten.

VBRG-App „SupportCompass“

Mit der App **SupportCompass** können Betroffene von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt oder Diskriminierung das Team des **Dachverbands der unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)** direkt kontaktieren und sich so Hilfe suchen. Über den verschlüsselten Messenger teilen sie ihre Diskriminierungserfahrungen, die sie online oder im echten Leben gemacht haben, mit den Beratungsstellen. Die Beraterinnen und Berater leisten mentalen Beistand, können aber auch Auskunft zu weiteren (rechtlichen) Schritten geben.

Demokratie im Netz

Die **Allianz gegen Rechtsextremismus** macht sich gegen rechten Hass im Internet stark. Mit ihrem Projekt **„Demokratie im Netz“** unterstützt sie betroffene zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter in der Metropolregion Nürnberg.

#praxistipp

Der Demokratiekoffer bietet viele Informationen

Wer mehr wissen will, für den lohnt sich ein Blick in den Demokratiekoffer. Auf der Website können Interessierte aus 17 unterschiedlichen Themenbereichen wie antimuslimischem Rassismus, Fake News und Rechtsextremismus auswählen, ein Format wie Podcast oder Workshop anklicken und eine Zielgruppe wählen. Die Website liefert eine kuratierte Auswahl an Informationsmöglichkeiten und verlinkt auf die jeweiligen Angebote:

<https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de>

Dabei setzen die Initiatorinnen und Initiatoren auf Online- und Offline-Angebote wie Workshops, Networking, verstärkte Präsenz in den sozialen Medien, Beratung und Einzelfallhilfe.

Das kannst du sofort tun, wenn dir Hass im Netz begegnet

Hass im Netz ist oft anonym und direkt an Einzelpersonen oder bestimmte, zumeist marginalisierte Gruppen gerichtet. Wer in Kontakt mit hasserfüllten Nachrichten oder Kommentaren kommt, reagiert oft eingeschüchtert oder klickt die Nachricht einfach weg. Der oder die Einzelne kann aber durchaus etwas unternehmen, egal ob die Hassrede einen selbst oder eine andere Person betrifft.

#praxistipp

Checkliste: Das kannst du bei Hass im Netz tun:

Melden:

Einzelne Profile oder Beiträge können auf allen sozialen Medien gemeldet werden. Das betroffene Profil wird von Fachleuten des Anbieters angesehen, die es im Härtefall sperren oder den Beitrag löschen.

Blockieren:

Es gibt auch die Möglichkeit, andere Nutzerinnen und Nutzer zu blockieren. Wer das Profil einer anderen Person blockiert, kann von ihr keine Nachrichten und Kommentare mehr bekommen. Der Hater oder die Haterin kann das Profil nicht mehr sehen.

Anzeigen:

Wenn eine Straftat wie zum Beispiel Volksverhetzung im Internet auffällt, kann das bei Polizei oder Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht werden. Die Betroffenen müssen darauf achten, rechts-sichere Screenshots als Beweismittel zu erstellen.

Täterin oder Täter zur Rede stellen:

Stehen einem die Täterin oder der Täter nahe, ist eine Diskussion aber oft sinnvoller, als sich auf einen Schlagabtausch mit anonymen Haterinnen und Hatern einzulassen. Die Betroffenen sollten dabei jedoch zuerst gefragt werden, ob sie sich diese Form von Unterstützung wünschen.

Unterstützung suchen:

Wer direkt von Hate Speech betroffen ist, kann sich bundesweit bei verschiedenen Fachberatungsstellen Hilfe suchen.

Wann und mit wem sollte diskutiert werden?

In Kommentarspalten oder Nachrichten kommt es oft zu Diskussionen über unterschiedlichste Themen. Wenn sich die Fronten verhärten und Hass, Bedrohungen oder Beschimpfungen ins Spiel kommen, muss überlegt werden, ob es sich lohnt, weiter zu diskutieren.

Eine gute Faustregel: Besteht kein persönlicher Kontakt zu den Personen, reicht eine Solidarisierung mit den Betroffenen oder eine klare Aussage. Wer sich hingegen auf eine Diskussion einlässt, kann im schlimmsten Fall selbst zur Zielscheibe des Hasses werden. Handelt es sich bei den Täterinnen und Tätern um Freundinnen und Freunde, Familie oder Bekannte, kann es sich hingegen lohnen, mehr Energie und Zeit in die Diskussion zu stecken, den eigenen Standpunkt zu vertreten und damit vielleicht auch etwas zu bewegen.

Auf Spurensuche: Beweise im Internet richtig sichern

Wer rechtliche Schritte gegen eine Person einleiten möchte, die Hass im Netz verbreitet, braucht Beweise.

Kommentare und Nachrichten können aber mit einem Klick unwiderruflich gelöscht werden. Rechtssichere Screenshots sind die einzige Form, in der Bildschirmfotos als Beweis anerkannt werden. Der Screenshot muss den Kommentar oder die Nachricht, den Kontext, das vollständige Datum, die Uhrzeit und den User-Namen enthalten. Darüber hinaus muss die URL zum Kommentar und zum Profil gesichert werden.

Counterspeech: Gemeinsam dafür sorgen, dass sich Betroffene von digitaler Gewalt nicht allein fühlen

Counterspeech (engl. für Gegenrede) bedeutet, dass Personen gegen Hassrede im Netz laut werden. Bestimmt, freundlich und ohne Hass machen Außenstehende deutlich, dass sie keine Diskriminierungen und Angriffe tolerieren. Den Betroffenen zeigt dieses Verhalten, dass sie nicht allein sind und es Menschen gibt, die sich für eine tolerante Gesellschaft einsetzen. Es funktioniert tatsächlich: Eine Studie aus den USA belegt, dass Gegenrede erfolgreich zu einem zivilisierten Diskurs führen kann.

3.4 Monitoring

Wie oft kommt es im Netz zu Hasskommentaren? Welche Fake News sind im Umlauf und wer hat sie in die Welt gesetzt? Wann und warum nimmt digitale Gewalt zu – oder ab? Verschiedene Stellen erfassen die Häufigkeit von Hassbotschaften und Fake News, um daraus Schlüsse ziehen zu können und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Manche Organisationen bieten auch Unterstützung dabei, solche Botschaften aus dem Netz entfernen zu lassen.

gegneranalyse.de

Das **Zentrum für liberale Moderne** veröffentlicht auf seiner Website gegneranalyse.de ein monatliches Monitoring zu sogenannten „alternativen“ Medien. Diese enthalten oft versteckte Hassbotschaften sowie Fake News und säen damit Misstrauen gegenüber Demokratie und den staatlichen Vertreterinnen und Vertretern. Mit seinen regelmäßigen Studien will das Zentrum die Vorgehensweisen, Argumentationsstrukturen und Ideologien „alternativer Medien“ offenlegen.

jugendschutz.net

Zum Angebot von **jugendschutz.net** gehören verschiedene Info-Seiten, darunter auch **hass-im-netz.info**. Wer im Internet auf Hassbotschaften trifft, kann sie hier melden. Und nicht nur das: Die Organisation arbeitet auch eng mit den zuständigen Behörden zusammen, um die Botschaften schnellstmöglich zu beseitigen.

[#hessengegenhetze](https://hessengegenhetze.de)

Die Meldestelle **#hessengegenhetze** der hessischen Landesregierung ist Teil des gleichnamigen Aktionsprogrammes. Jede und jeder hat hier ganz unkompliziert die Möglichkeit, Hassbotschaften zu melden. Das Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus registrierte 2021 insgesamt 214 Beratungsfälle, größtenteils waren die Angriffe rassistisch und rechtsextremistisch geprägt.

3.5 Beraten

Wer einen oder sogar mehrere Hasskommentare erhält, ist in der Regel erst einmal schockiert und stellt sich viele Fragen: Was ist eine adäquate Reaktion? Darauf antworten? Den Kommentar löschen? Verschiedene Organisationen stehen Opfern mit Informationen und praktischer Hilfe zur Seite .

HateAid

Eine der bekanntesten Beratungs- und Hilfsinstanzen in Fällen von digitaler Gewalt ist **HateAid**. Die Organisation bietet eine telefonische Sprechstunde, unterstützt bei Strafanzeigen und übernimmt in geeigneten Fällen auch die Kosten für eine anwaltliche Beratung und – sollte es zu einem zivilrechtlichen Verfahren kommen – die Prozesskosten.

Ein Online-Ratgeber zeigt Strategien für die Zeit nach einem digitalen Angriff, die dabei helfen, einen kühlen Kopf zu bewahren und die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Wenn zivilrechtlich geklagt wird (zum Beispiel bei Beleidigung, Bedrohung oder Verleumdung), übernimmt **HateAid** in geeigneten Fällen die Kosten für eine anwaltliche Beratung und Vertretung sowie die Kosten des Gerichtsverfahrens. Das Angebot ist gratis und ohne Ansehen der Person, ihrer Meinung oder ihres politischen Hintergrundes. Ausgeschlossen sind Personen, die selbst Hass im Netz verbreiten.

Interview mit Hamid Mohseni von der Mobilien Beratung Berlin



Welche Tipps können Sie Opfern von rechter Hetze im Internet geben?

Ruhe bewahren und sich nicht hetzen lassen – denn es ist eine Strategie von Rechtsextremen, Menschen zu vorschnellen Handlungen zu verleiten. Zweitens: Eigenschutz, denn natürlich können solche Angriffe, auch wenn sie nur digital passieren, massive Auswirkungen auf das physische und psychische Wohlbefinden der Betroffenen haben. Und drittens: Hilfe holen. Freundinnen oder Kollegen können während eines Shitstorms entlasten, indem sie zum Beispiel die Nachrichten und Kommentare lesen, und eine spezialisierte Beratung kann beim Sortieren des Materials, beim Einschätzen des Geschehenen und auch bei juristischen Fragen helfen.

Mobile Beratung Berlin

Rechtsextreme Propaganda im eigenen Wohngebiet nimmt zu, rassistische Beleidigungen am Arbeitsplatz häufen sich oder Antisemiten stören eine Veranstaltung: Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) unterstützt Betroffene in all diesen Fällen. Seit 2001 ist sie Anlaufstelle für Menschen, die bei rechtsextremen, rechtspopulistischen, rassistischen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Anlässen sprech- und handlungssicherer werden wollen. Die Beratung ist vertraulich, kostenlos, nachfrageorientiert und findet, wenn gewünscht, vor Ort statt.

#praxistipp

Was tun bei Hass im Netz?

Versuche, dir über deine Situation klar zu werden, und beantworte diese Fragen: Was macht die Situation mit mir? Was brauche ich jetzt? Welcher Teil von mir ist verletzt? Welche Situation würde mir ein gutes Gefühl geben?

Erstmal Pause machen.

Hate Storms ebbten meist nach drei bis vier Tagen ab. Bleibe deinen Accounts einige Tage fern, um dich selbst zu schützen.

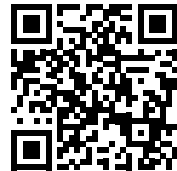
Suche Unterstützung

Vertraue dich Menschen an, die dir nahe stehen. Vielleicht können dich Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen oder Familienmitglieder unterstützen.

3.6 Übersicht: Beratungsangebote und Anlaufstellen für Betroffene

HateAid

Opfer von Hass im Netz können sich an **HateAid** wenden. Die Organisation bietet Unterstützung, kostenlose Beratung sowie Beistand bei rechtlichen Fragen und übernimmt bei geeigneten Fällen auch die Prozesskosten.



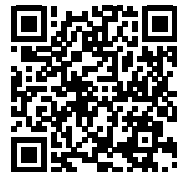
Bundesverband Mobile Beratung

Die kompetenten Teams der **Mobilen Beratung** unterstützen Personen bei menschen- und demokratiefeindlichen Angriffen aller Art. Anlaufstellen finden Betroffene in allen Bundesländern.



VBRG

Der **Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt** unterstützt und berät Personen, die direkt oder indirekt von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt betroffen sind, egal ob online oder offline.



4. Fazit





Fazit

Hass und Hetze im Netz grenzen häufig bestimmte Gruppen aus. Beispielsweise werden Menschen aufgrund ihrer Religion, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Herkunft online beleidigt und bedroht. Auch Personen, die ihre politische Meinung online vertreten oder die sich sozial engagieren und für andere einstehen, werden häufig zur Zielscheibe im Netz.

Dass sich der Hass in die analoge Welt verlagern kann, hat sich nicht zuletzt auf erschreckende Weise am Beispiel von rechtsextremen Attentaten in der jüngeren Vergangenheit gezeigt. Die Täter der Attentate in deutschen Städten wie Hanau und Halle, aber auch in anderen Ländern wie den USA oder Norwegen haben ihren Hass vorher jahrelang und unbehelligt im Internet ausgesprochen und ausgelebt, indem sie dort entsprechende Botschaften posteten und ihre schrecklichen Taten ankündigten.

Um das zu verhindern, muss der Hass dort bekämpft werden, wo er tagtäglich auftritt: in den sozialen Medien sowie in allen anderen Bereichen des Internets. Auf diese Weise

können alle, die von dieser Form von digitaler Gewalt betroffen sind, geschützt und die Grundwerte unserer Demokratie gesichert werden. So unterschiedlich die Fälle und Zielgruppen von Hass im Netz sind, so vielfältig und zielgerichtet müssen die Projekte vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ansetzen, um sich für ein demokratisches Miteinander und einen offenen Dialog im Netz einzusetzen.

Wie in der realen Welt ist es auch im Netz wichtig, dass von Hass Betroffene Rückhalt erfahren, dass Gewalt eingedämmt und verurteilt wird. Nur gemeinsam kann ein Gegenpol geschaffen werden, indem sich möglichst viele mit den Opfern solidarisieren und sich den Täterinnen und Tätern entschlossen entgegenstellen. Wer Unterstützung anbietet, sich solidarisch zeigt und gegen Hass laut wird, tritt aus der schweigenden Masse heraus und macht deutlich, dass er oder sie sich nicht in einem Internet bewegen möchte, in dem Hass hingenommen wird.



Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag bis Donnerstag 9 bis 18 Uhr
Fax: 030 185554400

E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de
Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 1BR195
Stand: Juni 2022, 1. Auflage
Gestaltung: Scholz & Friends Berlin
Druck: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Druck auf 100 % Recyclingpapier

Bildnachweise: S. 7, 33: „Demokratie leben!“;
S. 1, 4, 5, 8, 9, 14, 15: Getty Images; S. 30, 31: Adobe Stock
S. 12: PNN (Ottmar Winter), S. 17: Das NETTZ (Jörg Farys)
S. 21: sUPpress, S. 28: MBR 2021 (Johanna Hoffmann)

- Engagement
- Familie
- Ältere Menschen
- Gleichstellung
- Kinder und Jugend